

spotlight europe

2008/08 – Juli 2008

Neues im Osten: Erwartungen an ein neues EU-Russland-Abkommen

Piotr Buras, Fraser Cameron, Cornelius Ochmann, Andrei Zagorski

Der jüngste [EU-Russland Gipfel](#) am 27. Juni 2008 markiert einen Durchbruch. Die Verhandlungen über eine neue strategische Partnerschaft können beginnen. Endlich haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf ein weit reichendes Mandat für die Kommission verständigt. Jetzt wird sich zeigen, ob die EU wie ein globaler Akteur agieren kann.

AUS BRÜSSELER SICHT

von Fraser Cameron

Welche Optionen gibt es für das neue Abkommen? Die Kommission ist der [Ansicht](#), dass es umso leichter sein wird, einen umfassenden Abschluss zu erreichen, je mehr Sachfragen auf dem Tisch liegen. Der russische Ansatz hingegen scheint ein politisches Rahmenabkommen zu befürworten, dem Sektorenabkommen folgen könnten. Die Anhänger dieser Vorgehensweise argumentieren, dass auf diese Weise verhindert werden kann, dass ein Thema das ganze Paket zu Fall bringt. Die Gegner sind der Meinung, dass es die EU-Verhandlungsmacht im Allgemeinen und die Konditionalität in Bezug auf Menschenrechte und Demokratie, die viele als Bestandteil sehen wollen, im Besonderen schwächt.

Wer wird die Verhandlungen führen? Auf russischer Seite wurde Botschafter Chizhov zum Chefunterhändler ernannt. Die EU-Delegation wird von Eneko Landaburu geführt; Unterstützung erhält er von der Präsidentschaft und dem Rat in Bezug auf GASP-Fragen. Die Mitgliedstaaten werden vor und nach jeder Verhandlungsrunde informiert. Die Gespräche werden zu einem „gemischten Abkommen“ führen, das anschließend von den Parlamenten aller 27 Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament ratifiziert werden müsste. Man kann sich leicht vorstellen, dass mindestens ein Mitgliedstaat das Abkommen aus irgendeinem politischen Grund aufhalten kann.

Verhandlungsfragen: Niemand bezweifelt, dass einem neuen Abkommen sehr schwierige Verhandlungen vorausgehen werden. Die Kommission besteht darauf,

dass jedes neue Abkommen den jetzigen institutionellen Rahmen inklusive der jüngsten Neuerungen wie den PPC (Ständiger Partnerschaftsrat) mit einbezieht, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Abkommens beachtet und umgesetzt werden und um die Möglichkeit für einen regelmäßigen politischen Dialog zu allen Fragen des gemeinsamen Interesses zu schaffen. Der Ständige Partnerschaftsrat sollte über vollständige Entscheidungsbefugnisse verfügen, um rechtlich bindende Entscheidungen treffen zu können, die zu einer Weiterentwicklung und effektiven Vertiefung der Beziehungen führen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der angegangen werden sollte, ist die Umgestaltung des institutionellen Rahmens, um die Lücke zwischen hochrangigen Treffen und denen auf Expertenebene zu überbrücken.

Das Abkommen müsste auch die neuesten Entwicklungen in der nördlichen Dimension und im Kaliningrader Gebiet inklusive der neuen Transitbestimmungen für Russen, die außerhalb des Oblasts reisen, mit einbeziehen. Das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENPI) sollte auch als Fördermechanismus für die Verwirklichung der gemeinsamen Räume bestimmt werden.

Die wirtschaftlichen Elemente, die mit in das neue Abkommen einbezogen werden sollten, hängen unmittelbar von Russlands Beitritt zur WTO ab. Die Perspektive einer WTO-Mitgliedschaft könnte die Gestaltung des neuen Abkommens auf dreierlei Weise beeinflussen. Erstens sollte Russland vor den Verhandlungen über das Abkommen der WTO beitreten, gäbe es keine Notwendigkeit, wirtschaftliche Aspekte in den neuen Gesetzesrahmen einzubeziehen, denn die WTO würde die Handelsbeziehungen der Parteien regulieren. Zweitens, wenn Russland zur gleichen Zeit oder unmittelbar nach der automatischen Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PCA) der WTO beitrifft, würden in beiden Gesetzesinstrumenten Wirtschaftsbestimmungen existieren, was

aber nicht notwendigerweise zu Gesetzesunstimmigkeiten führen würde. Da PCA-Regeln auf GATT/WTO-Prinzipien basieren, kommt es normalerweise nicht zu Kompatibilitätsproblemen. Und drittens, falls Russland während der Verhandlungen über das nächste Abkommen der WTO noch nicht beigetreten ist, was sehr wahrscheinlich ist, müsste das Abkommen Wirtschaftsklauseln auf der Grundlage von WTO-Regeln beinhalten, um die Handelsbeziehungen der Partner zu regeln, bis Russland der Handelsorganisation beitrifft.

„Russland will nur ein Rahmenabkommen.“

Darüber hinaus sollte sich das neue Abkommen, indem es auf den vorhandenen PCA- und WTO-Bestimmungen aufbaut und diese sogar weiter ausführt, hauptsächlich mit den Handelshemmnissen zwischen der EU und Russland beschäftigen und jenen Regulierungsfragen Nachdruck verleihen, die den Wirtschaftsreformen in Russland neue Impulse geben. Wie das PCA sollte das Abkommen auch die Schaffung einer Freihandelszone (FTA) zum Ziel haben. Im Gegensatz zum älteren Abkommen sollte es jedoch über die „Evolutionsklausel“ hinausgehen und praktische Schritte zur Erreichung einer FTA in Erwägung ziehen, zum Beispiel die Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen durch die Abschaffung von Zöllen und die Harmonisierung von bestimmten Standards.

In Anbetracht der Tatsache, dass die EU von russischer Energie abhängt, wird dieses Kapitel ein besonders umstrittener Abschnitt der Verhandlungen sein. Die EU hat auf verschiedene Art und Weise versucht, mit dem Problem der Energieabhängigkeit umzugehen. Erstens versucht sie, Russland dazu zu bringen, den Vertrag über die Energiecharta (ECT), den es schon unterzeichnet hat, sowie das dazugehörige Transitprotokoll zu ratifizieren, was den Zugang zu den Pipelines von Gazprom ermöglichen würde. Zweitens treibt sie die Liberalisierung und den

Wettbewerb im EU-Energiesektor weiter voran, wobei sie auf eine gemeinsame EU-Energiepolitik abzielt. Ende 2007 unterbreitete die Kommission auch den Vorschlag, Drittländer (wie Russland) daran zu hindern, sich ohne Gegenleistung in Vertriebsaktivitäten einzukaufen - ein Vorhaben, das Proteste auf Seiten von Gazprom auslöste. Eine der wichtigsten Errungenschaften des gegenwärtigen Energiedialogs, der aus der russisch-ukrainischen Energiekrise im Jahre 2006 hervorging, war die Schaffung eines „Frühwarnmechanismus“ im Falle einer Unterbrechung der Energietransporte. Dieser Mechanismus wird sehr wahrscheinlich in das neue Abkommen übernommen.

„Umstritten ist die Frage nach gemeinsamen Werten.“

Ein weiteres umstrittenes Sachgebiet ist die Frage nach gemeinsamen Werten. Als Mindestforderung wird die EU versuchen, Russland dazu zu bewegen, seinen Verpflichtungen unter den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat inklusive des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (ECHR) nachzukommen. Diese Elemente würden zeigen, dass Russland und die EU eine gemeinsame internationale Gesetzesgrundlage für den Schutz der Menschenrechte besitzen.

Zweitens sollte die so genannte „Konditionalitätsklausel“ ein wesentliches Element des Abkommens sein, nach der im Falle einer gewichtigen Verletzung des Vertrages jede der Parteien einseitig die Umsetzung des Abkommens aussetzen kann. Solche Verknüpfungen, die schon im jetzigen PCA vorhanden sind, demonstrieren das Interesse der EU, europäische demokratische Werte in Russland zu fördern und zu verteidigen.

Justiz und Inneres werden ebenfalls schwierige Felder sein. Gerichtliche Zusammenarbeit bei Auslieferungen wird ein wichtiger Aspekt der neuen Verhandlungen

sein, ein Punkt, den Litauen und das Vereinigte Königreich zur Sprache gebracht haben. Beide Seiten werden auch ihre Absicht bekräftigen, weiter auf die Abschaffung von Visa in absehbarer Zeit hinzuarbeiten. Forschung, Bildung und Kultur sollten weniger umstrittene Gebiete bei den Verhandlungen sein. Russland hat eingeräumt, wie wichtig es ist, an EU-Programmen auf diesen Gebieten teilzunehmen. Die Gespräche werden ausloten, welche Wege es gibt, um die Möglichkeiten für beide Seiten zu maximieren.

Ein umfassendes neues Abkommen würde - abgesehen von einer Vernetzung aller Aspekte der Zusammenarbeit - die wirtschaftliche Integration wiederbeleben (zöge man praktische Schritte zur Gründung einer Freihandelszone in Betracht), die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor verbessern und den vier gemeinsamen Räumen ein größeres gesetzliches Gewicht verleihen. Ein wie auch immer geartetes neues Abkommen sollte wie das alte PCA als kleinsten gemeinsamen Nenner die gleichen Standards in Bezug auf europäische Werte haben. Die EU hat einen wichtigen, wenn auch begrenzten Einfluss auf Russland. Sein mächtiger Binnenmarkt und der Verbrauch russischer Energieresourcen stellen eine gute Verhandlungsbasis dar. Und Russland wünscht den visafreien Zugang zur EU und die Teilnahme an den Wissenschafts- und Bildungsprogrammen der EU.

WAS DENKT MOSKAU

von Andrei Zagorski

Es könnte keine bessere Gelegenheit für den neuen russischen Präsidenten Dmitri Medvedev geben, seinen ersten außenpolitischen Erfolg zu erzielen und die Beziehungen mit der Europäischen Union zu verbessern als den offiziellen Start von Gesprächen über einen neuen Vertrag mit der EU. In Moskau glauben jedoch nur wenige, dass das neue Abkommen viel besser sein wird als dasjenige, das zurzeit in Kraft ist. Viele befürchten, dass es nur schlechter sein kann.

Die russische Politik hat anfänglich versucht, eine strategische Partnerschaft mit der EU zu entwerfen, die dem gestiegenen Status des Landes Rechnung tragen und im Einklang mit der strategischen Partnerschaft stehen sollte, die Russland mit engen europäischen Freunden wie Deutschland, Frankreich und Italien entwickelt hatte. Die Kontroverse innerhalb der EU in Bezug auf eine gemeinsame Russland-Politik hat ihr jedoch gezeigt, dass sie völlig falsch lag. Eine Partnerschaft mit der EU würde ebenso schwierig sein wie die Beziehungen zu den besonders russlandkritischen Ländern innerhalb der EU wie das Vereinigte Königreich, Litauen, Estland und Polen.

Moskau hat die EU wiederholt davor gewarnt, keine Sonderinteressen und Streitereien einzelner Mitgliedstaaten mit Russland zuzulassen, um die sich entwickelnde Partnerschaft nicht zu überlasten. Nachdem sich die EU endgültig über ihre Ziele in den Verhandlungen mit Russland geeinigt hatte, musste Moskau feststellen, dass die Ansichten über ein neues Abkommen in Brüssel und Moskau in den letzten 18 Monaten eher auseinander gegangen sind als dass sie sich angenähert haben. Es werden Meinungsverschiedenheiten nicht nur in Bezug auf Details, sondern auch über die Definition des Wesens und des Zwecks des ganzen Vertrags erwartet.

In den vergangenen 18 Monaten hat Moskau es nicht geschafft, seinen Beitritt zur WTO unter Dach und Fach zu bringen und somit versäumt, seine Position zu stärken. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung gewesen, um die Handelsbeziehungen mit der EU weiter voranzubringen. Obwohl Russland inzwischen seinem Ziel etwas näher gekommen ist, bleibt der Beitrittstermin aufgrund einiger Streitfragen ungewiss.

Alles in allem scheint Moskau nach den Anfangsverhandlungen nun nicht mehr der Ansicht zu sein, dass die Idee einer vertieften strategischen Partnerschaft mit der EU realisierbar sei. Es setzt seine Hoffnungen auf

ein weniger ambitioniertes Dokument, das die Hauptprinzipien der Russland-EU-Partnerschaft, flankiert von Sektorenabkommen, enthält. Aber auch das scheint ungewiss zu sein.

Plan A - kurze Gespräche, kurzes Rahmenabkommen: Die russische Regierung sucht einen strategischen Partnerschaftsvertrag mit der EU, um den gleichwertigen Status der beiden Partner klar und deutlich hervorzuheben. Für Konditionalität oder die Angleichung des russischen Regulierungsmaßnahmen an den *acquis communautaire* bestehe kein Grund. Der Vertrag bestünde aus einer Präambel, vier (oder mehr) Überschriften, die auf die Hauptbestimmungen, auf die man sich geeinigt hat, hinweisen, mit dem Ziel, die vier gemeinsamen Räume zu entwickeln, und - ganz wichtig - einer Überschrift, die den Mechanismus für gemeinsame Entscheidungen darlegt.

„Russland kritisiert Meinungsunterschiede in der EU.“

Obwohl er alle relevanten Gebiete der Zusammenarbeit abdeckt, würde der neue Vertrag ein kurzes Rahmendokument sein (von ungefähr zehn Seiten), das die Hauptprinzipien der Zusammenarbeit erläutert. Detailliertere Regulierungen würde man erst in den ergänzenden Sektorenabkommen vornehmen, über die zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden könnte. Während Moskau bereit wäre, gewisse Bestimmungen in den Vertrag aufzunehmen, die auch kontroverse Fragen wie die Zusammenarbeit im Energiesektor betreffen, würde es trotzdem wünschen wollen, den Vertrag auf die Darstellung relevanter Prinzipien zu beschränken.

Hauptfragen: Die besonderen russischen Wünsche in Bezug auf den neuen Vertrag sind begrenzt, enthalten jedoch einige relevante Themen, die wahrscheinlich im Laufe der Gespräche ein hohes Profil erlangen werden. Moskau ist hauptsächlich an der Einsetzung eines Mechanismus für gemeinsame Entscheidungen interessiert,

die sich auch auf externe Sicherheit und Krisenmanagement erstrecken. Dieser Mechanismus sollte Russland nicht als einen EU-Partner begreifen, der willkommen ist und an EU-geführten Operationen teilnehmen darf. Vielmehr verlangt gemeinsames Krisenmanagement auch gemeinsame Entscheidungen. Dies sollte auf klaren rechtlichen Vereinbarungen basieren, die die relevanten Prozeduren und Eingriffsregeln festlegen.

„Moskau wartet ab.“

Darüber hinaus ist Moskau daran interessiert, dass sein Ziel des visafreien Reisens zwischen Russland und der EU einen prominenten Platz im neuen Abkommen findet. Obwohl es die staatseigenen Energieunternehmen und strategisch wichtige Sektoren vor ausländischen Übernahmen schützen möchte, versucht Moskau es ihnen zu ermöglichen, in den europäischen Märkten und dort insbesondere in Vertriebsaktivitäten im Energiesektor zu investieren. Es ist jedoch unklar, ob Moskau diese Fragen im Vertrag selber ansprechen möchte oder ob es sich mit der Erwähnung grundlegender Prinzipien zufrieden gibt.

Moskau sieht der Idee einer weiteren Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Menschenrechte und Justiz mit Skepsis entgegen. Es besteht jedoch darauf, dass das Prinzip der Gegenseitigkeit auch hier gilt, und verlangt für die Russische Föderation das Recht, Menschenrechtsfragen innerhalb der EU zu untersuchen.

Es gibt in Moskau noch kein Einvernehmen in Bezug auf längerfristige Ziele in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Jedenfalls scheint zur Zeit die politische Unterstützung für die Idee einer Freihandelszone mit der EU sehr gering zu sein.

Plan B - längere Verhandlungen mit ungewissem Ausgang: Obwohl Moskau versuchen wird, die französische Präsidentschaft von der Option eines schnell verhandelten und knappen Rahmenabkommens zu überzeugen, ist es sich

darüber im Klaren, dass dieses Ziel schwierig zu erreichen sein wird. Es kann nicht die Tatsache ignorieren, dass das Ergebnis der Verhandlungen von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss und dass eine kurze Erklärung der Prinzipien, die sich nicht auf Fragen bezieht, die in den letzten Monaten gestellt wurden, schwer durchzusetzen wäre. Das Feilschen um den angemessenen Detaillierungsgrad des neuen Vertrags und nicht zuletzt die Ausarbeitung und Ratifizierung wären sehr zeitaufwendig. Das würde unweigerlich langwierige Gespräche mit ungewissem Ausgang bedeuten. Der Prozess wäre vielleicht zu lang für den politischen Horizont Russlands, der höchstens bis 2012 reicht, das Ende von Medvedevs erster Amtsperiode.

Die Aussicht auf schwierige und langwierige Verhandlungen prägt die abwartende Politik Moskaus. Sie glaubt nicht, dass ein besserer Vertrag möglich wäre, und hat kein eigentliches politisches Interesse am Endresultat. Russland scheint eine sehr konservative Verhandlungsstrategie zu verfolgen, denn seit dem Sommer 2007 hat es hinsichtlich seiner Interessen kein Zeichen der Kompromissbereitschaft gegeben oder dass es Konzessionen wegen der Forderungen einzelner EU-Mitgliedstaaten machen würde. Zu Beginn der Verhandlungen mit der EU sendet Moskau die klare Botschaft, dass niemand annehmen möge, Russland bräuchte den neuen Vertrag mehr als die EU. Also solle niemand von Moskau erwarten, Konzessionen zu machen, ohne eine entsprechende Entschädigung dafür zu erhalten.

POLENS HARTE INTERESSEN TROTZ MILDERER TÖNE

von Piotr Buras

Mit der Aufgabe des monatelangen Vetos gegen den Beginn der Verhandlungen mit Russland sendete die Regierung Tusk zwei wichtige politische Signale. Erstens wollte sie die Berechenbarkeit und Kooperationsfähigkeit Polens in der EU unterstreichen,

die in Zeiten der der Kaczynski-Regierung von den europäischen Partnern vielfach in Frage gestellt wurde. Zweitens wurde die Aufhebung der Blockade als Bestandteil einer Kurskorrektur in der polnischen Ostpolitik konzipiert, der zufolge eine Konfrontation mit Russland nach Möglichkeit vermieden bzw. eingeschränkt werden sollte. Moskau sollte nun verstärkt ins Blickfeld der polnischen Diplomatie rücken, deren ostpolitischer Fokus bislang einseitig auf die Ukraine gerichtet war.

Grundsätzlich hat sich die polnische Verhandlungsposition jedoch kaum geändert. Die polnischen Interessen werden heute nicht anders definiert als in den vergangenen Jahren. Ganz oben auf der Prioritätenliste in Warschau rangiert die Energiezusammenarbeit. Polen besteht darauf, dass zunächst eine Einigung über grundlegende Prinzipien erzielt werden muss, bevor es zu einem erfolgreichen Energiedialog mit Russland kommen kann. Ein Abrücken vom innereuropäischen Konsens in der Energiepolitik, der sich in den Bestimmungen der Energiecharta und des Transitprotokolls niederschlägt, darf es nach Meinung Warschaus in den Beziehungen zu Russland nicht geben.

Die europaweite Expansion Gasproms wird in Polen mit Skepsis beäugt. Sie dient als Beweis dafür, dass aufgrund der schwachen EU-Energieaußenpolitik die Initiative in der Energiekooperation vollkommen an Russland abgetreten wurde. Die Ostseepipeline ist hier nicht das einzige Beispiel. Vor allem wird die weitgehende Schließung des russischen Energiemarktes für ausländische Investoren als Ausdruck eines unzumutbaren Ungleichgewichts im Verhältnis EU-Russland beanstandet.

Polen steht auch den Perspektiven einer engeren Zusammenarbeit EU-Russland in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen vorsichtig gegenüber. In Hinblick auf den postsowjetischen Raum, dem die polnische Außenpolitik viel Aufmerksamkeit schenkt, wird Russland eher als Ursache der Konflikte denn als Partner bei de-

ren Lösung angesehen. Perspektiven für eine Partnerschaft mit Russland können sich, so Warschau, eher bei den globalen Fragen der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen, des Terrorismus und des Klimawandels beziehen. Eine Mitsprache Russlands im Rahmen der ESVP bzw. eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Moskau bei der Lösung der „eingefrorenen Konflikte“ im GUS-Raum (d.h. Themen, die Gegenstand der bevorstehenden PKA-Verhandlungen sein könnten) erfreuen sich keiner Unterstützung der polnischen Regierung.

„Russische Energiepolitik bleibt Kritikpunkt.“

Diese Position ist vor einem breiteren Hintergrund der polnischen Politik gegenüber seinen östlichen Nachbarn zu sehen. Wie der Premierminister Donald Tusk in der F.A.Z vom 18.02.2008 schrieb, „darf die allseitige Partnerschaft zwischen der EU und Russland kein Hindernis für die Entwicklung unserer Beziehungen zu anderen Nachbarn in Osteuropa sein“. Eine allzu starke Einbindung Russlands in die EU-Politik in dieser Region wird daher als eine Gefahr abgelehnt. Der jetzige Ansatz, in dem die Beziehungen zu Russland und zu den anderen östlichen EU-Nachbarstaaten parallel geführt und vertieft werden, wird in Polen begrüßt. Gleichwohl richtet sich das jüngste polnisch-schwedische Angebot einer „Östlichen Partnerschaft“ auch an Russland. Diese Idee soll Impulse für eine regionale Kooperation der östlichen EU-Nachbarn untereinander geben sowie die Einbeziehung einzelner Länder in eine vertiefte sektorale Zusammenarbeit mit der EU fördern.

Warschau will in den bevorstehenden Verhandlungen mit Russland mehr gesellschaftliche Kontakte ermöglichen. Der Vertrag über die Visa-Erleichterungen von 2007 wird positiv bewertet. Eine Aufhebung der Visumpflicht als ein langfristiges Ziel könnte im neuen EU-Russland-Vertrag verankert werden. Zu erwarten ist ebenso, dass Polen auf die Bedeutung der Men-

schenrechte und demokratischen Werte als Pfeiler des neuen Vertrags viel Wert legen wird. Auch die Konditionalitäts-Klausel, der zufolge die Implementierung des Vertrags suspendiert werden kann, wenn ein Vertragspartner seine Bestimmungen nicht beachtet, dürfte eine starke Unterstützung der polnischen Regierung finden.

Insgesamt wird Warschau für eine relativ detaillierte und rechtlich verbindliche Regelung der sensiblen Fragen (Energiepolitik, Menschenrechte) eintreten. Ein eher allgemeines Rahmenabkommen dürfte aus polnischer Sicht nicht ausreichend sein, weil es die für Polen wichtigsten Punkte ausklammern würde. Die Frage der Institutionalisierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit könnte, zumal sie hoch auf der russischen Agenda rangiert, für Polen besonders problematisch sein.

OPTIMISTISCHER BLICK AUS BERLIN

von Cornelius Ochmann

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat in mehreren Reden versucht, die deutsche Position zur Zukunft der europäisch-russischen Beziehungen vorzugeben. So sollte in einer „Europäischen Ostpolitik“ die EU eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland einnehmen.

Während seiner Russland-Reise im Juni 2008 rief Steinmeier eine **Modernisierungspartnerschaft** aus. Im Kern geht es dabei um eine Zusammenarbeit in zukunftsentscheidenden Bereichen: bei der Klima- und Energiepolitik, im gemeinsamen Bemühen um Energieeffizienz, bei der Gesundheitspolitik, bei der Abfederung der Folgen einer älter werdenden Gesellschaft, auf den Feldern Bildung und Wissenschaft sowie Fragen der Rechtsstaatlichkeit.

Dieser bilateral orientierte Ansatz wird insbesondere von der deutschen Wirtschaftselite unterstützt. In den letzten Jah-

ren verzeichnete die exportorientierte deutsche Wirtschaft enorme **Zuwachsraten** im Handel mit Russland.

„Deutsche Wirtschaft unterstützt bilateralen Ansatz.“

Einerseits ist Deutschland wie die EU von Energielieferungen aus Russland abhängig, andererseits benötigt Russland selbst finanzielle Investitionen und vor allem Know-how, um seine Wirtschaft zu modernisieren und die Energieabhängigkeit zu reduzieren. Die Kritik der Investoren bezieht sich sehr oft auf den unklaren rechtlichen Rahmen. Daher liegt ihr Interesse eindeutig auf der Verbesserung des russischen Justizsystems. Bisher wurde die europäische Energieabhängigkeit von Russland nicht als Bedrohung gesehen - Deutschland steht einer Verstärkung der Kooperation im Energiebereich positiv gegenüber.

Die deutsche Position kommt im Petersburger Dialog zum Ausdruck. Unter diesem Dach sind die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands gegenüber Russland gebündelt. Bemerkenswert ist dabei die **Internationalisierung** der Beziehungen, die im Motto des nächsten Treffens zum Ausdruck kommt: „Russland und Deutschland in der globalisierten Welt - Partner in der Modernisierung“.

Auf der Tagesordnung stehen wichtige europäische Themen wie Demografie, Migration, Gesundheitsvorsorge und Rechtsstaatlichkeit. Ob es der deutschen Seite gelingt, die EU-Position zu beeinflussen, bleibt ab zu warten.

Gerade die Reisefreiheit steht für Russen oben auf der Agenda. Die restriktive Visapolitik der EU trifft vor allem junge Menschen, die nach der Erweiterung des Schengener Raumes im Dezember 2007 der Möglichkeit beraubt wurden, ohne bürokratische Hürden die EU zu bereisen.

Der Deutsch-Russische Austausch fordert wie andere deutsche und russische Menschenrechtsorganisationen die Aufnahme der Menschen- und Bürgerrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit in einem gesonderten Kapitel des künftigen PKA: Die bloße Erwähnung in der Präambel, wie im bisher gültigen Vertrag von 1997, genüge nicht.

Ausblick

Die EU-Kommission verfügt zwar über ein Verhandlungsmandat, aber die Interessen der Mitgliedsstaaten sind sehr unterschiedlich, wie ein Vergleich der polnischen und der deutschen Position verdeutlicht. Zu einem schnellen Verhand-

lungsergebnis wird es kaum kommen. Die EU-Verhandlungsführer müssen damit rechnen, dass jeder Kompromiss aus innenpolitischer Interessenlage der einzelnen Regierungen betrachtet wird. Die russische Seite ist von solcher interner Spannungslage befreit. Doch die teils vorhandene antiwestliche Stimmung sollte nicht unterschätzt werden. Zwar ist sie vor allem gegen die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik gerichtet, aber sie könnte sich schnell auch gegen die EU richten. Auch das irische „Nein“ zum Vertrag von Lissabon hat die Negativhaltung der russischen Eliten gegenüber der EU verstärkt. An die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU haben sie nie geglaubt - jetzt sehen sie sich bestärkt.

Die Autoren:

Piotr Buras, Stipendiat, Volkswagen Stiftung, Hannover; Gastwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Fraser Cameron, Director, EU-Russia Centre, Brüssel

[Cornelius Ochmann, Senior Expert EU-Russia, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh](#)

[Andrei Zagorski, Associated Professor, Moscow State Institute for International Relations, Moskau](#)

Weiterführende Literatur:

[Katinka Barysch, The EU's new Russia policy starts at home, Juni 2008](#)

[Fraser Cameron, Ein Auftritt mit Macht, Süddeutsche Zeitung, Juni 2008](#)

[Michael Emerson, Time to think of a strategic bargain with Russia, Brüssel, Mai 2008](#)

[Nicu Popescu and Andrew Wilson, EU-Russia: avoiding new failures, Juni 2008](#)

[Alexander Rahr, Russland gibt Gas. Die Rückkehr einer Weltmacht, Hanser Verlag 2008](#)

[Jens Siegert, It's all psychology! Die Beziehungen zwischen Russland und der EU, Moskau, Juni 2008](#)

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2008/07

Hallo Nachbar! Für eine neue EU-Politik von Marokko bis Aserbaidschan

Joachim Fritz-Vannahme, Armando García Schmidt, Margarethe Gawelek, Christian-Peter Hanelt, Cornelius Ochmann

Spotlight europe spezial # 2008/06

Was nun Europa?

Vier Optionen nach dem irischen „Nein“

Dominik Hierlemann

spotlight europe # 2008/05

Grünes Licht von der Grünen Insel?

Zehn Fragen zu Irland

Dominik Hierlemann, Christian Heydecker

Alle Ausgaben des "spotlight europe" stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight